

Atommüll

Bundesumweltminister wirbt für Dialog zwischen Polizei und Atomkraftgegnern

Berlin. Im Hinblick auf möglicherweise im Herbst stattfindende Transporte von Atommüll ins Zwischenlager Ahaus hat Bundesumweltminister Jürgen Trittin in einem Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Norbert Spinrath großes Verständnis für Besorgnisse und Befürchtungen von Polizeibeamten geäußert, die zur Begleitung solcher Transporte eingesetzt werden sollen.

"Viele Beamte fragen sich mit Recht, ob sie bei solchen Einsätzen einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt sind. Nicht wenige befürchten, zwischen Castoren und Atomkraftgegnern zerrieben zu werden. Sie sehen sich, obwohl vielfach selber atomkritisch eingestellt, als Prügelknaben missbraucht, auf deren Rücken ein tiefgreifender gesellschaftlicher Konflikt um die künftige Energiepolitik ausgetragen wird. Dies darf in einer demokratischen Gesellschaft nicht sein. Auch deswegen gibt es zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie keine Alternative", sagte Trittin nach dem Treffen mit dem GdP-Bundesvorsitzenden, an dem auch der stellvertretende GdP-Vorsitzende Heinz Kiefer teilnahm.

Trittin rief die Atomkraftgegner zu einem zivilen und gewaltfreien Verhalten auf. Nur dies ermögliche den nötigen Respekt vor der Situation des jeweiligen Gegenübers. Der Bundesumweltminister warb für einen Dialog zwischen Polizisten und Atomkraftgegnern.

Bei dem Meinungsaustausch zwischen dem Minister und den Vertretern der GdP standen Fragen des Strahlenschutzes und der Sicherheit bei Atommüll-Transporten im Vordergrund. Der Bundesumweltminister versicherte, Atomtransporte könnten nur stattfinden, wenn gewährleistet sei, dass keine Gefährdung der begleitenden Polizeikräfte sowie der Bevölkerung auftrete.

Norbert Spinrath betonte, dass von den politisch Verantwortlichen alles getan werden müsse, um einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens für die Durchführung der unvermeidlichen Transporte zu erreichen. Spinrath: "Wir wollen Proteste nicht verhindern, erwarten aber von der Politik, dass sie alles dafür tut, dass diese gewaltfrei verlaufen. Dadurch könnte die Zahl der Einsatzkräfte reduziert werden. Die Polizei ist nicht in der Lage, bei jedem Transport bis zu 30.000 Beamtinnen und Beamte einzusetzen, ohne dass es zu einer Gefährdung der allgemeinen Sicherheit der Bevölkerung kommt, weil andere Aufgaben dadurch vernachlässigt werden müssen."

"Diese Zahl von Transporten wird es nie wieder geben"

Für DEUTSCHE POLIZEI (DP) sprachen Pressesprecher Rüdiger Holecek und der verantwortliche Redakteur Adalbert Halt mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin über künftige Atommülltransporte. DP: Herr Minister, Sie haben vor wenigen Tagen in einem Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der GdP, Norbert Spinrath, versichert, dass die Polizeibeamten beim nächsten Transport keine Sorge haben müssten, von den Castoren gefährdet zu werden. Wie sicher sind die Transporte?

Jürgen Trittin: Wir haben einen umfangreichen Katalog von Auflagen vorgelegt, die erfüllt werden müssen, damit ein Transport rollen kann. Damit wird insbesondere gewährleistet, dass die international festgelegten Grenzwerte für radioaktive Verunreinigungen eingehalten werden.

DP: Können Sie einige der Auflagen aus diesem Katalog nennen?

Jürgen Trittin: Nur einige Beispiele: Zur Vermeidung von Kontaminationen werden die Behälter bei der Beladung mit einer Schutzhülle umgeben. Die Betreiber haben die Pflicht, die Behälter gründlicher zu reinigen, um Kontaminationen zu verringern. Vorgeschrieben sind auch mehr Messungen und deren umfassende Dokumentation, damit eventuelle Kontaminationen besser überprüft werden können. Und für den Fall von Grenzwert-Überschreitungen wird ein verbessertes Meldeverfahren verlangt. Vertuschung ist damit ausgeschlossen.

DP: Und was ist mit den anderen Transporten?

Jürgen Trittin: Für die Behälter, die aus dem Ausland zu uns kommen, um beispielsweise Material aus Stade und anderswo nach La Hague zu bringen, gelten wegen ihrer unterschiedlichen Bauweise andere, weitere Sicherheitsmaßnahmen. Die sind noch nicht abgestimmt. Das ist auch der Grund, warum über diese Transporte noch nicht entschieden werden kann.

DP: Wir haben also in absehbarer Zeit mit Transporten innerhalb der Bundesrepublik zu rechnen?

Jürgen Trittin: Es sind fünf Transporte aus den Atomkraftwerken Biblis, Neckarwestheim und Phillipsburg in das Zwischenlager Ahaus genehmigt worden. Und dabei ist die Vorgabe der Polizei, die gesagt hat, wir brauchen für einen solchen Transport sechs Monate Vorlauf, Bestandteil dieser Transportgenehmigung geworden. Frühestens ein halbes Jahr nach Genehmigung bzw. Anmeldung bei der zuständigen Polizeibehörde können Transporte stattfinden.

DP: Angemeldet ist noch keiner?

Jürgen Trittin: Das liegt nicht in meiner Zuständigkeit, sondern bei den Ländern. Das heißt, von heute aus gerechnet - März - wäre also der September der frühest denkbare Zeitpunkt für einen solchen Transport.

DP: Nun haben sich auch gegen diese Transporte bereits die ersten Widerstände artikuliert. Sie haben gesagt, Transporte sollen nur genehmigt werden, wenn sie strahlungssicher sind. Gesetzt den Fall, der nächste Transport - rechtzeitig beantragt - kommt im September, sagt dann der Bundesumweltminister: "Freundinnen und Freunde von der Polizei, den könnt ihr unbeschwert begleiten"?

Jürgen Trittin: Wir haben die Bedingungen geschaffen, dass dieser Transport die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte nicht überschreitet. Das ist die Antwort, die ich Ihnen darauf präzise geben kann. Wir nehmen die Sorgen Ihrer Kolleginnen und Kollegen, die ja auch mit sehr widersprüchlichen Auflagen umzugehen haben - wie man sich in der Nähe der Castor-Behälter zu verhalten hat, wie lange man sich dort aufhalten darf, was man da im Wortsinne "treiben und nicht treiben" darf - sehr ernst. Wir sind bereit, gemeinsam mit den Gutachtern, die den Auflagenkatalog erarbeitet haben, mit den Polizeibeamtinnen und -beamten und deren Vorgesetzten, die die künftigen Transporte zu begleiten haben, über die Gefährdung, ihre Beseitigung und die Auflagen zu diskutieren. Zweitens: Wir wünschen - und da werden wir gewiss auch mit dem Bundesinnenminister und den Landesinnenministern einig werden -, dass es für die einzelnen Länder einheitliche Verhaltensregeln für den Aufenthalt in der Nähe der Transportfahrzeuge gibt. Drittens können wir uns vorstellen, zwischen denjenigen, die beispielsweise der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg angehören, und der Polizei ein Gespräch zu arrangieren. Ich würde empfehlen, das im Herbst zu tun, weil wir dann über die Frage Ausstieg und Rahmenbedingungen auf einer gemeinsamen Grundlage reden können. Nur so kriegt man auch die Verunsicherung raus. Ich betone aber, dass wir alles daran setzen werden, solche Transporte zu vermeiden, weil wir es für Unsinn halten, Atomabfälle ins

Atommüllzwischenlager, dann vom Zwischenlager in die Endlager oder erst nach La Hague, dann ins Zwischenlager und dann ins Endlager zu kutschieren. Das sind drei Transporte, wo man einen machen könnte.

DP: Es gibt ein weiteres Gefährdungspotential bei solchen Einsätzen: gewaltbereite Atomkraftgegner, die zum Beispiel im Wald bei Gorleben Klavierdrähte in Halshöhe gespannt und gehofft haben, dass Polizeibeamte nachts dagegen laufen. Oder die Straßen unterhöhlt haben. Was tun Sie politisch, um diese Form des Widerstandes im Zaum zu halten?

Jürgen Trittin: In beiden Fällen handelt es sich um Rechtsverstöße, die aber unterschiedlich zu beurteilen sind. Das eine war ein gemeingefährlicher Akt, wo mit Hinterlist auf die körperliche und leibliche Unversehrtheit von Polizeibeamten gezielt wurde, während sich im andern Fall die Rechtsbrecher bei der Polizei gemeldet und gesagt haben. "Wir haben hier Recht gebrochen und haben diese Straße an der Stelle unterhöhlt, bitte fahrt da nicht drüber." So viel Differenzierung, finde ich, sollte man machen, ohne damit den Rechtsbruch, der beiden Fällen zugrunde liegt, schönzureden. Ich glaube, man muss erstens die Rahmenbedingungen ändern. Die Menschen werden die Frage, ob es Transporte gibt oder nicht, anders beurteilen, wenn eine Technologie, in die man einmal gegen den Widerstand weiter Teile der Bevölkerung eingestiegen ist, zu Ende geführt wird. Zweitens: Wir haben in den Jahren vor dem Transportstopp zwischen 65 und 80 Transporte pro Jahr gehabt. Die waren nicht alle so aufwändig polizeilich zu schützen wie die Transporte, die nach Gorleben oder Ahaus gegangen sind. Ich bin heute der festen Überzeugung, dass es diese Zahl von Transporten nie wieder geben wird.

DP: Also ist die Prognose, dass sich gerade im Falle eines Ausstiegs die Zahl der Transporte zwangsläufig erhöhen müsste, falsch?

Jürgen Trittin: Völlig falsch. Ich glaube, dass wir in der Tat in der Lage sein werden, die Transporte auf Rücktransporte aus dem Ausland, zu denen wir ja verpflichtet sind, einzuschränken. Und dann gilt Folgendes: Wenn Sie die Wiederaufarbeitung nicht beschränken, wenn Sie nicht aussteigen, dann wird natürlich immer mehr hintransportiert, und man kann sagen, die Menge, die hintransportiert wird, die wird mindestens anderthalbfach wieder zurücktransportiert. Weil die Wiederaufarbeitung den Müll vermehrt. Es ist ja nicht wie bei einer Müllverbrennung, wo Sie einen großen Haufen reinton und anschließend einen kleinen Haufen Schlacke haben.

DP: Ihre Parteifreundin Bärbel Höhn hat prognostiziert, dass bei einem Transport von Atomwüll ohne Ausstiegslösung in der Region um das Zwischenlager Ahaus ein harter Widerstand droht. Müssen wieder rund 30.000 Polizisten mit einem Einsatz rechnen?

Jürgen Trittin: Die Prophezeiung von Bärbel Höhn würden auch der Polizeipräsident von Münster und der Innenminister von Nordrhein-Westfalen und ich glaube auch Ihre Kollegen von der Polizei selber genauso unterschreiben, weil es eben eine Prophezeiung ist. Bärbel Höhn hat einfach auf eine zu erwartende Tatsache hingewiesen. Das ist ja der Grund, weswegen wir sehr darauf dringen, dieses Problem einem Ende zuzuführen. Das heißt, wir müssen die Frage Ausstieg und Ausstiegsbeschluss regeln. Jeder - egal auf welcher Seite -, der meint, man könne bei den Konsensverhandlungen auf Zeit spielen, ist auf dem Holzweg.

DP: Gesetzt den Fall, es kommt zum Transport. Sie haben die Polizei davon überzeugt, dass von dem Transport keine Strahlengefährdung ausgeht; Sie haben Ihre Gespräche mit dem polizeilichen Gegenüber geführt und dämpfend gewirkt. Würden Sie sich mit auf die Lok setzen?

Jürgen Trittin: Wenn Sie damit die Frage der Strahlensicherheit ansprechen, hätte ich damit keine

Probleme. Ich würde mich aber aus anderen Gründen nie auf eine Lok setzen. Eine solche Aktion wäre für einen Minister das falsche Verständnis von seiner Aufgabe. Schließlich führt nicht der Umweltminister, sondern die Industrie die Transporte durch. Sie erzeugt den radioaktiven Müll und ist deshalb für seine Entsorgung und die Transporte verantwortlich. Aber was völlig klar sein muss, es wird in dieser Frage keinen Zweifel geben: Erstens, dass diese Transporte, so wie wir sie genehmigt haben, zu genehmigen waren, dass wir alles vor der Genehmigung getan haben, um die gesetzlichen Standards einzuhalten, und dass es zweitens, soweit es sich um Rücktransporte aus La Hague handelt, eine politische, eine rechtliche und eine moralische Pflicht gibt, dieses zurückzunehmen. An dieser deutlichen Aussage ist nicht zu kratzen.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 4/2000)